

# Ein Mehrwertsteuer-Prozent für die AHV

*Die AHV erhält 1999 eine neue Einnahmequelle: Ein zusätzliches Prozent Mehrwertsteuer ist beschlossene Sache.*

Bern. – Dank einem Schulterchluss von CVP, SP und Liberalen gegen Störmanöver von FDP und SVP kam die Vorlage im Nationalrat in der ständerätlichen Fassung durch, und zwar deutlich mit 88 gegen 16 Stimmen. Sie kann somit am 1. Januar 1999 in Kraft treten.

Zwar stellte niemand in der Debatte die vom Volk bereits 1993 gutgeheissene Aktivierung der Mehrwertsteuer (MwSt.) zur Deckung der zusätzlichen Kosten in Frage, die AHV und IV durch die Altersentwicklung entstehen. Diskussionen setzte es aber über den Zeitpunkt des Inkrafttretens, über das Ausmass der Anhebung der privilegierten Steuersätze sowie über die Beteiligung des Bundes am Ertrag ab. Der Rat erhörte Bundesrätin Ruth Dreifuss' Appell, keine Differenzen zu schaffen und das Inkrafttreten auf 1999 nicht zu gefährden. Roland Borers (FPS, SO) Rückweisungsantrag unterlag, ebenso Hanspeter Seilers (SVP, BE) Versuch, die Inkraftsetzung ein Jahr zu verschieben.

## **Reduzierte Sätze bleiben privilegiert**

Während die Anhebung des ordentlichen Mehrwertsteuersatzes von 6,5 auf 7,5 Prozent oppositionslos durchging, gab es Vorbehalte zur bloss proportionalen Erhöhung der reduzierten Steuersätze.

Der Rat beschloss dann aber, den Satz für Güter des täglichen Gebrauchs von 2,0 nur auf 2,3 Prozent zu erhöhen. Mit grösserer Skepsis und gegen den Widerstand der Fraktionen von FDP und SVP wurde beim Sondersatz für den Tourismus gleich verfahren. Er steigt damit von 3,0 auf 3,5 Prozent. Insgesamt fließen der AHV nächstes Jahr so 1,5 Milliarden Franken zu, ab 2000 jährlich rund 2,1 Milliarden.

Als unkorrekt und sogar verfassungswidrig kritisierte Toni Bortoluzzi (SVP, ZH) die Bestimmung, wonach der Bund aus dem Ertrag der MwSt.-Erhöhung 17 Prozent zur Deckung seines Beitrags an die AHV erhalten soll. Auch Finanzminister Kaspar Villiger wolle sich noch einen Zipfel der Wurst schnappen. Kommissionsprecherin Rosmarie Dormann (CVP, LU) und Dreifuss wiesen dies zurück und versicherten, jeder Rappen komme der AHV zugute; Bortoluzzi unterlag deutlich.

Für Spannung sorgte Christine Egerszegi (FDP, AG) mit dem auch von weiter rechts unterstützten Versuch, in den Beschluss eine Sparmassnahme einzubauen. «Schildbürgerstreich», «Schlaumeierei» und «Skandal» schallte ihr entgegen.

Grund der Aufregung war, dass ausgerechnet die Partei von Finanzminister Kaspar Villiger ein Element aus den vertraulichen Konsensgesprächen zur Haushaltsanierung herausbrechen wollte. Dreifuss bat Egerszegi vergeblich, den Antrag zurückzuziehen und die Konsensgespräche nicht zu gefährden. Mit 76 zu 56 Stimmen verwarf der Rat aber den Antrag, die AHV-Renten künftig nur noch alle drei statt alle zwei Jahre der Teuerung anzupassen. (AP)